



GÖTTINGER BLÄTTER

06.2015

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

► Gesundheitsversorgung ist keine Ware

„Der Mensch wird reduziert auf einen Kostenfaktor, und das gesellschaftliche Leben wird ökonomisiert – in der Bildung, vor allem aber auch in der Gesundheitspolitik.“ (Der frühere Bundesgesundheitsminister und CDU-Generalsekretär Heiner Geißler in einem dpa-Interview vom 27.2.2015)

Immer wieder geraten Krankenhäuser aufgrund von schlechten Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und der unzureichenden Behandlung von Patienten in die Schlagzeilen. Ein kritischer Betrachter kommt zu dem Schluss, dass hier in einem der reichsten Länder der Welt, das Krankenhauswesen langsam dem Zerfall preisgegeben wird.

Steigender Kostendruck macht Kliniken kaputt

In ihren Positionspapier zur Krankenhauspolitik sieht die Linksfraktion im Bundestag im wesentlichen zwei Ursachen für die Misere der Krankenhäuser: *Zum einen können Länder und Kommunen ihren Verpflichtungen zur Finanzierung der Kosten von Krankenhausinvestitionen und Baumaßnahmen nur unzureichend nachkommen. (...) Zum anderen sind die Kliniken durch die Gesundheitsreformen der letzten 20 Jahre einem gnadenlosen Wettbewerb und Kostendruck ausgesetzt.* (<http://www.linksfraktion.de/themen/krankenhaeuser/>).

Vor allem nach 1990 wurden zahlreiche Änderungen im Gesundheitswesen vorgenommen, die vor allem die Kosten und Krankenkassenbeiträge stabil halten sollten. So wurden bereits 1992 Budgetierungen der Verwaltungs- und Leistungsausgaben und Arzt- und Heilmittelbudgets sowie eine verstärkte Zuzahlungen für Patienten eingeführt. Ab 1995 wurde dann die Umstellung von einer Vergütung der medizinischen Leistungen nach Tagessätzen auf Fallpauschalen vorgenommen.

Im Jahre 2002 wurden „bezogen auf das Budget des Krankenhauses aus

kompensatorischen Gründen Mehr- und Mindererlösausgleiche zugelassen, das heißt, es erfolgt eine Flexibilisierung der Budgets. Damit erhöht sich das Verlustrisiko für unrentable Krankenhäuser mit teuren Kostenstrukturen. Gleichzeitig erhöht sich aber auch die Gewinnerzielungsmöglichkeit für rentable Krankenhäuser.“ (Onlinelexikon Wikipedia, Krankenhausfinanzierung) Die Einnahmen vieler Kliniken reichen so nicht mehr aus, um die Ausgaben zu decken. Im Jahre 2011 hatte eine knappe Hälfte aller Krankenhäuser ihr Haushaltsjahr mit einem Defizit abgeschlossen. Einsparungen sind nur bei den Beschäftigten möglich mit drastischen Folgen für diese und die Patienten.

Der Mensch wird so zum Kostenfaktor und das Gesundheitssystem marktwirtschaftlich ausgerichtet. Schlechte Zeiten für öffentliche, am Gemeinwohl orientierte Kliniken, gute Zeiten für diejenigen, die auf dem Rücken von Patienten und Beschäftigten Profite erwirtschaften wollen.

Privatisierungen in Südniedersachsen

Eine der umstrittensten Entscheidungen der CDU/FDP-Landesregierung unter Christian Wulff war zweifellos der Verkauf der Landeskrankenhäuser. Betroffen waren auch das 1866 gegründete Landeskrankenhaus am Rosdorfer Weg und das in der Gemeinde Rosdorf liegende Tiefenbrunn, die seit November 2007 zum Asklepios-Konzern gehören.

Beide Psychiatrische Kliniken hatten einen guten bis hervorragenden Ruf. Die Entscheidung war nicht unumstritten. GOEST schreibt: „Denn es wurde weder eine Wirtschaftlichkeitsprüfung des LKH durchgeführt, noch erfolgte eine Wertermittlung der verkauften Immobilien. Die Klinik in Göttingen Tiefenbrunn wurde für 355.000 Euro und das Göttinger LKH für 13,5 Mio. Euro an den Asklepioskonzern verkauft. Zusammen mit 6 weiteren Landeskrankenhäusern wurden sie für nur

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Gesundheitsversorgung	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
GöLinke	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE.	7
KITA-Streik	8
GöLinke Ratsinfo	9
DIE LINKE. Kreistagsinfo	10
DIE LINKE. Kreisverband	11
Forts. Gesundheitsversorgung	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 07./08.2015
ist der 19. Juni.
Auslieferung am 25. Juni.

102 Millionen Euro verkauft, die Häuser waren nach Berechnungen des Landesrechnungshofes aber mindestens 343 Millionen wert.

Den Käufern wurden weiterhin Vergünstigungen im Wert von 42,15 Millionen gewährt, blieben also nur 60 Millionen. Und dann noch Kosten für ‚Beraterfirmen‘: ‚Allein die Kosten für externe Berater wie die Firma Pricewaterhouse Coopers beliefen sich auf knapp fünf Millionen Euro‘ (goest.de, Verkauf von LKH und Tiefenbrunn zu Schleuderpreisen)

Aufgrund des niedrigen Kaufpreises nahm Manfred Sohn als haushaltspolitischer Sprecher der LINKEN Landtagsfraktion im Januar 2013 an, dass es Korruption gegeben habe.

Nicht nur der niedrige Kaufpreis sorgte für Kritik. Die Landtagsfraktionen von SPD und Grünen meinten, dass der Verkauf auf verfassungswidrigen Gesetzen basierte und sahen sich durch ein Expertengutachten darin bestätigt. Sie strengten ein Normenkontrollverfahren

(...) weiter auf Seite 12



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

Ungefähr 100 Personen aus unterschiedlichen Organisationen und Initiativen nahmen am diesjährigen 8.-Mai-Gedenken am Mahnmal für die Göttinger NS-Zwangsarbeiter teil. In seinen Eingangsworten stellte unser VVN-BdA-Kreissprecher Jan Steyer die Notwendigkeit heraus, auch 70 Jahre nach dem Ende des Faschismus den 8. Mai als Tag des Sieges und der Befreiung zu begehen. Ihm folgte Günther Siedbürger mit einem Grußwort der Geschichtswerkstätten Duderstadt und Göttingen (das wir nachfolgend abdrucken). Unsere Göttinger Europaabgeordnete Sabine Lösing wies in ihrem Beitrag u.a. darauf hin, dass Deutschland erneut aktive Kriegspolitik betreibt und selbst vor dem

Unterstützen offen faschistischer Kräfte in der Ukraine nicht zurückschreckt. DGB-Sekretärin Agnieszka Zimowska stellte die Verfolgung und den Widerstand von Gewerkschaftern während des Faschismus dar. Arne Droidner von der Lagergemeinschaft und KZ-Gedenkstätte Moringen zeigte anhand Zeitzeugenberichten Moringen KZ-Häftlinge auf, wie sie ihren Tag der Befreiung erlebten. Im Beitrag der SDAJ wurde die Rolle der Sowjetunion am Sieg über den deutschen Faschismus am Beispiel des kommunistischen Jugendverbandes Komsomol dargestellt. In seiner abschließenden Danksagung wies Jan Steyer darauf hin, dass die Stadt Göttingen sich leider weiterhin einem offiziellen Gedenken am 8. Mai verwei-

gere; dabei sei es doch das Mindeste, den Befreier Göttingens mittels einer Gedenktafel an die 2. Infanterie-Division der US-Army vor dem Alten Rathaus zu erinnern. Musikalisch eingerahmt wurde die Veranstaltung durch die beiden jungen Künstler Sarah Lindenmayer und Pablo Fernández González aus Weimar, die das Concerto in D Minor für zwei Violinen von Bach spielten. Gemeinsam wurden Blumengebinde am Denkmal niedergelegt und zum Abschluss das Lied der Moorsoldaten gesungen.

Auf diesem Wege wollen wir uns als VVN-BdA noch einmal ganz herzlich bei allen Mitwirkenden und Helfern bedanken.

Redebeitrag von Günther Siedbürger:

Am 6. April 1945 veröffentlichten die südniedersächsischen Medien einen Aufruf des höchsten Parteifunktionärs der Region, Hartmann Lauterbacher. Der Gauleiter wandte sich an die „Niedersachsen, meine Volksgenossen und Volksgenossinnen!“ und ließ sie unter der Überschrift „Lieber tot als Sklav!“ wissen: „Wir sind gewillt und entschlossen, alle uns zur Verfügung stehenden Mittel und Möglichkeiten einzusetzen, um unsere niedersächsische Erde, unsere Frauen und das höchste und wertvollste Gut, unsere Kinder, vor dem Zugriff der Anglo-Amerikaner und der ihnen folgenden Juden, Neger, Zuchthäusler und Gangster zu schützen. ... Wer weiße Fahnen hisst und sich ergibt, ist des Todes.“

Zwei Tage später befreiten und besetzten eben diese „Anglo-Amerikaner“ weite Teile Südniedersachsens. Der Gauleiter selbst verschwand an diesem Tag diskret. Erst vor einem knappen halben Jahr wurde bekannt, dass er seine Karriere von 1950 bis 1963 als hauptamtlicher BND-Mitarbeiter fortsetzte. Hartmann Lauterbacher, jüngster NS-Gauleiter, war ab Ende 1940 auch Bevollmächtigter für den Arbeitseinsatz und in dieser Funktion für den Einsatz von Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern in der Region

verantwortlich. Diese wahrscheinlich sechsstelligen Zahl von Menschen, die während des Krieges im „Gau Südhannover-Braunschweig“ für ihren nationalsozialistischen Feind und die Verlängerung des Krieges arbeiten und leiden mussten, hatte der Gauleiter natürlich mit seiner Parole „Lieber tot als Sklav!“ nicht ansprechen wollen. Jenes Sklavendasein nämlich, das Lauterbacher so schändlich erschien, dass er „seinen“ Niedersachsen den Tod vorzuziehen nahelegte, jenes Sklavendasein hatte er den ausländischen Zwangsarbeitenden jahrelang hemmungslos auferlegt. Für sie, die aus weiten Teilen Ost-, West- und Südeuropas hierher Verschleppten oder hinterlistig Angelockten, die wie Gefangene unter der einheimischen Bevölkerung leben mussten, waren der 8. April 1945 mit dem Einmarsch alliierter Truppen in der Region und der 8. Mai mit der Kapitulation Deutschlands unzweifelhaft und ohne jede Diskussion Tage der Befreiung.

Seit wenigen Wochen zeigt unsere Ausstellung „Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit. Südniedersachsen 1939-1945“ wieder und nun dauerhaft, was es hieß, nach Südniedersachsen verschleppt zu werden und hier zur Arbeit gezwungen zu sein. So kann

auch konkret ermessen werden, was die Befreiung 1945 im Leben dieser Menschen bedeutete. Die Ausstellung ist wenige Meter von hier, in Räumen in der BBS II, Godehardstraße 11, zu sehen. Sie soll perspektivisch den Kern eines Lernortes zum Thema „Nationalsozialismus in Südniedersachsen“ bilden – so hat es der Göttinger Kreistag beschlossen. Ob es so kommen wird, dürfte auch vom artikulierten öffentlichen Interesse abhängen. Wir möchten euch herzlich einladen, dieses neue Angebot zu nutzen, indem ihr die Ausstellung besucht, bekannt macht, vielleicht auch gemeinsame Veranstaltungen und kleine Projekte mit uns durchführt. Die, um die es dort geht, die ehemaligen Zwangsarbeitenden, schätzen euer Interesse an ihrem Schicksal sehr.



US-Armeer und Rote Armee treffen sich in Torgau, 25. April 1945

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlungen

Dienstag, den 02. Juni und Dienstag, den 14. Juli 2015

Die Treffen finden um 20:00 im Berliner Hof statt



▶ Weitere Hürden zwischen Kuba und USA abgebaut

Washington. Die jüngste Verhandlungsrunde zwischen Delegationen Kubas und der USA über eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen hat im Außenministerium in Washington stattgefunden und musste mangels Einvernehmen auf Freitag verlängert werden. Die Liste der zu überwindenden Meinungsverschiedenheiten und zu lösenden Probleme ist sehr lang. Daher hatten Experten beider Seiten auch erwartet, dass sich die Verhandlungen zur Annäherung sehr zäh gestalten würden und die in manchen Medien verbreitete Hoffnung auf rasche Fortschritte gebremst.

Eines der Ziele insbesondere der US-Regierung ist die baldige Eröffnung von Botschaften. Die Regierung Eisenhower hatte die offiziellen Beziehungen im Januar 1961 abgebrochen, nachdem subversive Aktivitäten der USA gegen das befreite Kuba Fidel Castro dazu brachten, eine drastische Reduzierung der Mitarbeiter der US-Botschaft in Havanna zu fordern, die er als einen Spionageposten mit dem Ziel einer Verschwörung zum Umsturz ansah.

Bevor aber die seit 1977 unter der Präsident Jimmy Carter eröffneten und heute noch bestehenden „Interessenvertretungen“ in vollwertige Botschaften ausgebaut werden und der Austausch von Botschaftern möglich wird, sind gerade hierzu Differenzen auszuräumen. Die US-Regierung möchte die Zusicherung, dass ihre Diplomaten sich in Kuba völlig frei bewegen und sprechen können, mit wem sie wollen. Die kubanische Regierung interpretiert dies aufgrund langer Erfahrungen als eine Möglichkeit, dadurch könnten Regimegegner gezielt unterstützt werden.

Eine weitere Hürde für vollwertige diplomatische Beziehungen ist aktueller Art: Die beiden Interessenvertretungen Kubas in den USA (neben dem Regierungssitz Washington auch die Vertretung an der UN in New York) verloren im Juli 2013 die örtlichen Bankdienstleistungen, als die M & T Bank diese kündigte. Seither können dort sämtliche Geldtransfers wie Gehaltszahlungen und konsulare Dienstleistungen nur noch per Bargeld abgewickelt werden. In dieser Woche nun sagte die kleine Stonegate Bank mit Sitz in Pompano Beach zu, künftig die Bankgeschäfte durchzuführen. Dies geschieht auf besonderen Antrag des US-Außenministeriums. Alle anderen US-Banken waren aufgrund der unsicheren Rechtslage im eigenen Land nicht willens, ein Konto für Kuba zu eröffnen, da dies bislang noch unter Strafe steht. Dies war von kubanischer Seite immer wieder moniert worden, zumal es völ-

kerrechtliche Prinzipien für die Arbeit diplomatischer Vertretungen verletzt.

In Kürze läuft die Frist aus, dass der Kongress gegen die von Präsident Barack Obama vorgesehene Streichung Kubas von der US-Liste der „Terror unterstützenden Staaten“ ein Veto einlegen kann. Weil die dortige Opposition im Kongress bereits signalisierte, nicht zu blockieren, wird mit der Streichung eine weitere wichtige Hürde zur Verbesserung der Beziehung zwischen beiden so sehr unterschiedlichen Nachbarländern abgebaut.

Zugleich zeigt aber selbst ein symbolisches Detail, wie groß die Meinungsverschiedenheiten noch sind: die Zählung der bisher durchgeführten Gesprächsrunden differiert - in Kubas Zählweise war die jüngste die dritte, in der Zählweise der USA bereits die vierte Gesprächsrunde. Die Erfahrungen von mehr als fünf Jahrzehnten Kaltem Krieg wiegen noch sehr schwer. Zudem werden derzeit im US-Kongress Finanzhürden gegen die neue Kubapolitik von Obama aufgebaut.

Edgar Göll, amerika21

▶ Offizielle Gespräche der Vizepräsidenten Kubas und Angolas

Der Erste Vizepräsident des Staats- und des Ministerrats der Republik Kuba, Miguel Díaz-Canel Bermúdez empfing am Montag (18. Mai. 15) im Revolutionspalast den Vizepräsidenten der Republik Angola, Manuel Domingos Vicente, der Kuba einen offiziellen Besuch abstattet.

Während des Treffens hoben beide Seiten den ausgezeichneten Zustand der bilateralen Beziehungen hervor und unterstrichen, dass diese Ausdruck der historischen Freundschaft seien, die

beide Völker und Regierungen miteinander verbinde. Man sprach auch über die Fortschritte bei der Zusammenarbeit in Gebieten wie Gesundheit, Bildung, Bauwesen und im militärischen Bereich sowie über andere internationale Themen.

Der angolansische Vizepräsident war vorher vom Vizepräsidenten des Ministerrats Ricardo Cabrisa Ruiz empfangen worden. Bei diesem Anlass wurde besonders die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern auf dem Gebiet der Hochschulbildung erörtert.

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, www.dkp-goettingen.de, goettingen@dkp-niedersachsen.de

▶ Ergebnisse der Kreismitgliederversammlung

Die KMV am 12. Mai beschäftigte sich – neben der Diskussion um den Rechenschafts- und den Finanzbericht – vor allem mit zwei Gruppen von Anträgen sowie den parteiinternen Wahlen:

Die erste Gruppe der Anträge drehte sich um konkrete Arbeitsvorhaben in den kommenden Monaten, die allesamt an den neuen Sprecherkreis zur Einarbeitung in den Arbeitsplan überweisen wurden.

Die zweite Gruppe der Anträge behandelte die inhaltlichen Differenzen und den Umgang damit vor dem 21. Parteitag im November. Dabei wurde deutlich, dass die übergroße Mehrheit der Mitglieder diese Differenzen ausdiskutieren will statt Spaltungs- und Ausgrenzungstendenzen zu vertiefen: Entsprechende Anträge wur-

den abgewiesen! Auch sprach sich eine deutliche Mehrheit dafür aus, dass die DKP weiterhin ihren Beobachterstatus in der EL (Europäische Linke) beibehält.

Der neugewählte Sprecherkreis besteht (leider!) nur aus Männern, da hier keine Frau kandidierte. Entsprechend musste die Quotierungspflicht des Statuts ausgesetzt werden: Handrik Falkenberg, Toto Lababidi, Tom Oesterreich, Gunnar Siebecke, Stephan Wolf. Zum Ausgleich hierzu besteht die neugewählte Revisionskommission nur aus Frauen.

Als Delegierten zur Bezirksdelegiertenkonferenz wurden entspr. der Quotierungsregelung vier Männer und drei Frauen. Als Delegierter zum Parteitag wurde Jörg Miehe gewählt, Ersatzdelegierte wurde Christa Siebecke. (gs)

Die DKP Göttingen solidarisiert sich mit dem unbefristeten Streik der KollegInnen in den Sozial- und Erziehungsdiensten und ihrer Gewerkschaft ver.di

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die höhere Einstufung ist eine notwendige Aufwertung Eurer Löhne und muss ein Zeichen der Anerkennung eurer Arbeit sein. Euer Entschluss für einen unbefristeten Streik nötigt uns größten Respekt ab. Dieser mutige Schritt genießt unsere uneingeschränkte Solidarität.

Die DKP Göttingen ist der Überzeugung, dass euer Erfolg oder eure Niederlage auch Auswirkungen auf die Lohnkämpfe von anderen Lohnabhängigen haben wird. Darum werden wir Euren Kampf unterstützen und darum werben, dass sowohl Eltern als auch andere fortschrittliche Kräfte sich solidarisieren.

Euer Kampf hat viele Ebenen:

► Die ökonomische Bedeutung ist immens für Eure „Brieffaschen“, immerhin geht es um eine durchschnittliche Lohnerhöhung um 10 %. Eine Wende zu spürbaren Reallohnsteigerungen ist im

Interesse aller arbeitenden Menschen, also auch jener Eltern, die selbst als Lohnabhängige arbeiten.

► Sicherlich liegt Euch auch die gesellschaftliche Anerkennung eurer Arbeit am Herzen, denn Frühkindliche Erziehung und Bildung in altersgerechten Gruppen mit Methoden, die die gesamte Entwicklung der Kinder und der werdenden Erwachsenen positiv prägen, ist eine andere Aufgabe als sie es früher war.

► Euch wird nicht entgangen sein, dass Euer Kampf auch eine politische Ebene hat: Es geht auch um die Vergesellschaftung der häuslichen Arbeit und somit um die Befreiung der Frau.

► Es ist außerdem unannehmbar, dass es weiterhin massive Lohndifferenzen zwischen Frauen und Männern gibt. Dies nutzt ausschließlich der Arbeitgeberseite, die durch Lohndifferenzierungen nach Geschlecht, Nationalität o.Ä. die Löhne insgesamt nach unten zu drücken vermag.

Mitgliederversammlungen:

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden im Roten Zentrum, Lange Geismarstraße 2, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

Dienstag, 09. Juni, 20:00 Uhr

„Zum Konflikt zw. DGB/IGM u.a. und ver.di/GEW u.a.“, Referent: NN

Dienstag, 23. Juni, 20:00 Uhr

„Der KITA-Streik“ - Aktuelles oder Auswertung“, Referentin: Ruth Kiefer

Dienstag, 07. Juli, 20:00 Uhr

„Wie umgehen mit Differenzen in kom. Parteien?“ Referent: Toto Lababidi

Dienstag, 21. Juli, 20:00 Uhr

„Was ist herausgekommen bei der IGM-Mitgliederbefragung?“ Referent: NN

Buchbesprechung:

**Mittwoch, 01. Juli 2015,
19.00 Uhr Buchladen Rote Strasse,
Nikolaikirchhof 4**

Thema:

**Das Leben der Jenny Marx
geb. von Westphalen**

Zur Biographie von Angelika Limmroth, 303 S., 24,90 €Karl Dietz Verlag, Berlin 2014

Solidarität zu organisieren ist in Zeiten zunehmender Entsolidarisierung und medialer Hetze gegen Streikende bitter nötig! Es stehen alle progressiven Kräfte in der Verantwortung, ihren Teil zum Erfolg Eures Streiks beizutragen. Auch das, durch die sozialdemokratische Arbeitsministerin Nahles unter Beschuss stehende, Streikrecht ist zu verteidigen.

Wir möchten unseren Brief mit einem Satz aus dem „Solidaritätslied“ schließen, dass Bertolt Brecht und Hanns Eisler 1929 schrieben:

**„Wer im Stich lässt seinesgleichen,
lässt ja nur sich selbst im Stich.“**

Mit solidarischen Grüßen,
die DKP Göttingen

Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke

WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke – Presseerklärung:

► Solidarität mit dem unbefristeten Streik der Erzieherinnen und Erzieher

Die WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke erklärt ihre ungeteilte Solidarität mit dem mit überwältigender Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder der Gewerkschaft ver.di beschlossenen bundesweiten unbefristeten Streik der Beschäftigten im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst. „Dieser Erzwingungsstreik ist die Folge der Blockadementalität der kommunalen Beschäftigungsträger, die bislang keinerlei akzeptable Angebote vorgelegt haben. Auch die in Göttingen sichtbar werdende Argumentationslinie, die auf die leeren kommunalen Kassen verweist, ist angesichts des sog. Zukunftsvertrages nicht ohne bittere Ironie“, sagt Marianne Mogk als Sprecherin der WählerInnengemeinschaft. „Bereits während der diesem Erzwingungsstreik vorausgehenden Warnstreiks habe die WählerInnengemeinschaft betont, dass Kinderbetreuung in der allgemeinen Wahrnehmung unterbewertet, schlecht bezahlt und zumeist in Teilzeit prekär organisiert sei. Weiter sei hier die Altersarmut gewissermaßen vorprogrammiert. Dies entspreche in keiner Weise der hohen gesellschaftlichen Bedeutung dieser Arbeit. Auch der zusätzliche Aspekt geschlechtsspezifischer Diskriminierung durch strukturelle Benachteiligung von Frauen, die den allergrößten Teil der Beschäftigten im Erziehungsbereich ausmachen, sei bereits thematisiert worden, so die Sprecherin weiter. Die Arbeit von Erzieherinnen und Erziehern sei kein Liebesdienst in stiller Selbstverständlichkeit. Sie vollziehe sich unter unangemessen schlechter Bezahlung bei beständig wachsender Arbeitsverdichtung.“

„Vor diesem Hintergrund begrüßen wir insbesondere die Arbeit des Care Streik Solibündnisses, das diesen Streik mit vielfältigen Aktionen begleitet, in die auch und gerade die von den KiTa-Streiks betroffenen Eltern eingebunden werden. Dies ist eine wirksame Maßnahme gegen die von ‚Arbeitgeber‘-Seite unternommenen regelrecht asozialen Versuche,

einen Keil zwischen Streikende und Eltern zu treiben, die in dieser Auseinandersetzung natürliche Verbündete sind. Als fortschrittliches kommunalpolitisches Bündnis wird die WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke auch weiterhin diese und andere Auseinandersetzungen in kommunalen Einrichtungen solidarisch begleiten und in ihre politische Arbeit einfließen lassen“, sagte Marianne Mogk abschließend.

Anm.:

Allgemein wahrgenommen wird die derzeitige Tarifaufwertung zur Aufwertung der Berufe im Sozial- und Erziehungsdienst bereits als „Kita-Streik“. Das ist liegt nicht zuletzt darin, dass viele Menschen sich mit der Situation der ErzieherInnen und ihrer Arbeit schnell identifizieren können. Vergessen wird dabei, dass auch die Beschäftigten anderer Bereiche der Sozialen Arbeit in dieser Tarifaufwertung für eine bessere Entlohnung und Aufwertung ihrer Tätigkeiten kämpfen: SozialarbeiterInnen und Sozialarbeiter - diejenigen, die vor allem dafür sorgen, Kindern und Erwachsenen mit schlechten Startchancen, Suchtproblemen, Menschen mit Behinderungen oder auch unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen gute Entwicklungschancen und Teilhabe zu ermöglichen. Das ist auch ein ganz wesentlicher Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Deren wichtige Arbeit wird in der aktuellen Tarifaufwertung oft übersehen.

Wie wichtig die Arbeit bei z.B. der Aufsuchenden Jugendarbeit, den Jugendämtern, der Familienhilfe, der Jugendgerichtshilfe oder bei akuter Kindeswohlgefährdung ist, brachte am Rande einer Streikaktion der SozialarbeiterInnen ein sympathisierender Polizeibeamter auf den Punkt: „Die müssen auf jeden Fall besser bezahlt werden. Alles, was die nicht leisten können, dafür sind wir dann später zuständig. Und das ist für alle der schlechtere Weg.“

Kontakte:

Wählerinnengemeinschaft
GöLinke

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: goelinke@web.de

SprecherInnenkreis:

Gerd Nier, Dr. Peter Strathmann,
Marianne Mogk, Thomas Bahrs,
Dr. Christian Schüler, Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke

im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 196 (1.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 05 51-4 00 24 99
Fax 05 51-400 20 79
goelinke-fraktion@goettingen.de

FraktionsmitarbeiterIn:

N.N.

Öffnungszeiten des Büros:

Dienstag, 09-13 Uhr
Mittwoch, 13-16.30 Uhr
Donnerstag, 09-17 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Patrick Humke (Fraktionsvorsitzender)
Torsten Wucherpfennig
Civar Akad

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

Mittwoch, 17. Juni, 19.00 Uhr

Rathaus Raum 112

Thema: Sparkasse Göttingen als kommunales Unternehmen - ein Weg zur Haushaltsverbesserung?

► Mitteilungen des SprecherInnenkreises:



Wir bedanken uns recht herzlich bei der Genossin Doreen Bethe für ihre lange aufopferungsvolle Tätigkeit als Mitarbeiterin der Göttinger GöLi-Ratsfraktion. Dir auch weiterhin alles Gute!

DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Kreismitgliederversammlung

Montag, 15. Juni, 19.00 Uhr bei Arbeit und Leben, Lange-Geismar-Straße 73, Göttingen

1. Begrüßung, Beschlussfähigkeitskontrolle (Mandatsprüfung/Überprüfung der Mitgliedschaft und Stimmberechtigung der Anwesenden)
2. Bestellung/Wahl der Protokollführung
3. Wahl und Bericht Mandatsprüfung
4. Mit Selbstbewusstsein in die Kommunalwahlen 2016 – DIE LINKE. stärken
 - a. Referat: „Möglichkeiten LINKER Kommunalpolitik im Rat der Stadt Göttingen und den Ortsräten“ – Ein Rückblick und Ausblick (Patrick Humke)
 - b. Referat: ‚Arbeit und Selbstverständnis der Wählergemeinschaft‘ (SprecherInnenkreis)
 - c. Beratung und Diskussion über die vorliegenden Anträge und über das FÜR und WIDER der Beteiligung des Kreisverbands Göttingen DIE LINKE. an der Wähler-Innengemeinschaft Göttinger Linke
 - d. Beschlussfassung zu Punkt 4.c.
5. Termine

Wir bitten um rege Teilnahme an dieser wichtigen Kreismitgliederversammlung, da es sich um eine politische Festlegung für die nächsten sechs Jahre handelt!

Konstituierende Kreismitgliederversammlung des neuen KV Göttingen-Osterode

Montag, 29. Juni, 19.00 Uhr bei Arbeit und Leben, Lange-Geismar-Straße 73, Göttingen

1. Einladung, Begrüßung, Wahl der Versammlungsleitung und Protokollführer
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Rechenschaftsbericht des Göttinger KSR
4. Finanzbericht des Göttinger KSR
5. Entlastung des Göttinger KSR
6. Wahl der Mandatsprüfungs- und der Wahlkommission
7. Grußwort Landesvorstand
8. Beschluss zur Kreisverbandssatzung
9. Annahme der Geschäftsordnung
10. Annahme der Wahlordnung
11. Wahl des KreissprecherInnenrates
Festlegung der Größe
Wahl des/der Schatzmeister_s/ in
Wahl zur Sicherung der Mindestquotierung
Wahl der gemischten Liste
12. Wahl der Rechnungsprüfer_innen
13. Wahl der Vertreter_innen für den Landesausschuss
14. Wahl von Delegierten/Ersatzdelegierten für den Landesparteitag
15. Bestätigung bzw. Konstituierung von Ortsverbänden
16. Verschiedenes

Termine der Ortsverbände

OV Göttingen Mitgliederversammlung

Sonntag, 28. Juni (voraussichtlich), Uhrzeit noch offen (in Kooperation mit der DKP)

Diskussionsveranstaltung zum Thema „Ukraine“

ReferentInnen: Sabine Lösing und Sebastian Carlens

Termin und Örtlichkeit werden noch bekanntgegeben

(http://www.die-linke-goettingen.de/ortsverbaende/ov_goettingen/termine/).

OV Hann Münden Mitgliederversammlung

Donnerstag, 02. Juli 2015 um 19.00 Uhr in der Gaststätte zum Onkel Paul,

Sieberturmstr. 9, Hann. Münden

Themen u.a. Krankenhaus Hann. Münden und IGS

OV Dransfeld Mitgliederversammlung

Donnerstag, 25. Juni, um 18.00 Uhr bei Ulrich Maschke, Tulpenweg 2, Dransfeld

Fortsetzung der Terminseite auf Seite 7

Kreisverband Göttingen

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen

Tel.: (0551) 49 56 66 80

kreisverband@dielinke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Nach Vereinbarung im Rotes Zentrum,
Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de.

Linksjugend [;solid]:

solidgoettingen@gmail.com

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

Olaf Klein, Hallenbadstr. 1,

34346 Hann. Münden, Tel. 05541-5571,

hann.muenden@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Stine Rummel-Strebelow

Tel. 0551/49269269 und 01577/5895059

rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,

bovenden@dielinke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,

37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,

dransfeld@dielinke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973

Festnetz: 0551-40137061

eckhardfascher@web.de

Antikapitalistische Linke

Meike Brunken, Tel. 01577 78 25 333

E-Mail: akiraki8@web.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer

E-Mail:SL-Goettingen@web.de

AG Antifa

Michael Kaufmann

ag.anti.fa.linke.goe@web.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18,

37079 Göttingen, Tel. 01523 2077973

oder 0551-40137061

E-Mail: eckhardfascher@web.de

Spendenkonto

des KV Göttingen: Kto-Nr. 3401510800

Volksbank Göttingen BLZ: 26090050

DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Fortsetzung Termine von Seite 6

OV Rosdorf Mitgliederversammlungen:

Dienstag, 9. Juni, 20:00 Uhr in der Gaststätte Zum Krug, Mühlengrund 23, Rosdorf
Schwerpunktthema: Rosdorfer Ratspolitik

Treffen der Linksjugend solid

Jeder Mittwoch ab 18 Uhr im Roten Zentrum

Rosa-Luxemburg-Stiftung Nds.:

► „Der Eindimensionale Mensch wird 50“

Konzert Theater von und mit Thomas Ebermann, Robert Stadlober, Kristof Schreif und Andreas Spechtl

Mittwoch/ Donnerstag, 17. und 18. Juni 2015, jeweils 20 Uhr, *musa* Göttingen

„Der Eindimensionale Mensch wird 50“ heißt die Show, mit der das „Team Mar-

cuse“ 50 Jahre nach der Erst-Veröffentlichung das gleichnamige Hauptwerk des legendären Sozialphilosophen Herbert Marcuse in eine Collage aus Text und Klang überführt. Zitate aus dem Buch, szenisch vorgetragen und kompiliert mit Kommentaren von Zeitgenossen wie Sartre, Adorno oder Rudi Dutschke, werden begleitet und kontrastiert von harten, bisweilen dissonanten und doch

mitreißenden Bass- und Gitarrenklängen. Das Ergebnis ist ein so künstlerisch ambitionierter wie politisch aktueller Abend, der vor allem eines beweist: Marcuses Kritik der modernen Gesellschaft hat auch nach einem halben Jahrhundert nichts von seiner Brisanz verloren – sie bleibt aktuell, solange der Kapitalismus den Alltag der Menschen bestimmt.

VVK: 14 Euro / 10 Euro ermäßigt (Roter Buchladen, Calvör, *musa*, reservix), ggf. zzgl. Gebühr

Abendkasse: 17 Euro / 13 Euro ermäßigt

KULTURTICKET: 9 Euro (VVK!)

Diese Veranstaltung wird ermöglicht durch das NATIONALE PERFORMANCE NETZWERK im Rahmen der Gastspielförderung Theater aus Mitteln der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie der Kultur- und Kunstministerien der Länder.

Mitveranstalter: *ver.di Ortsverein Göttingen, Bildungswerk ver.di Göttingen, musa*

Unterstützt von *GEW, DGB und ver.di.*

GÖLINKE.

Ratsfraktion Göttingen

Mai 2015

► Stellenausschreibung

Die Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen sucht ab sofort eine/n Mitarbeiter_in für das Fraktionsbüro.

Die Stelle ist befristet auf die Dauer der Ratsperiode und in Teilzeit (20 Wochenstunden).

Aufgabenbereiche:

- Vorbereitung von Rats-, Ausschuss- und Fraktionssitzungen
- Erstellung von Vorlagen für Anträge und Anfragen
- Formulierung von Presseerklä-

rungen, Texten für die Website und Erstellen des Ratsinfos

- Büroorganisation
- Mittelbewirtschaftung
- Verwaltung von Sitzungsvorlagen

Notwendige Kenntnisse / Voraussetzungen:

- Unterstützung der grundlegenden Ziele der Göttinger Linken
- Fähigkeit zur selbstständigen Arbeit
- Erfahrungen in der Kommunalpolitik oder in der Parlamentsarbeit allgemein

- Kenntnisse in wichtigen kommunalpolitischen Themenfeldern
- Sicheres Formulieren von Texten
- Erfahrung in der Büroarbeit
- Gute EDV-Anwenderkenntnisse

Wünschenswerte Kenntnisse:

- Erfahrungen in Parteien, Gewerkschaften, Vereinen und Initiativen
- Erfahrung in der Öffentlichkeitsarbeit
- Grundkenntnisse der Buchführung
- Erfahrung im Umgang mit Verwaltungen oder in Verwaltungen

Die Bewerbungsfrist endet am **15. Juni 2015 um 12.00 Uhr.**

Bewerbungen bitte schriftlich an:
Göttinger Linke
Ratsfraktion
Hiroshimaplatz 1-4

Anlässlich des KITA-Streiks hat sich in Göttingen das „Bündnis für gute Sorgearbeit und Geschlechtergerechtigkeit“ gegründet, das sich Anfang Mai in einem offenen Brief an KITA-Eltern gewendet hat. Wir dokumentieren diesen hier (leicht gekürzt)

► Care workers – unite! Rabatz! Gemeinsam für gute Sorgearbeit und Geschlechtergerechtigkeit!

Offener Brief an die KiTa-Eltern

Liebe Eltern, vielleicht haben Sie es auch schon in Ihrem Alltag zu spüren bekommen: In den kommunalen Kindergärten fällt die Kinderbetreuung aus, weil die ErzieherInnen streiken. Im Tarifkonflikt zwischen ver.di und den kommunalen Arbeitgeberverbänden findet ein unbefristeter Erzwingungsstreik statt. Das bedeutet für Sie, dass Sie auf unabsehbare Zeit die Betreuung ihrer Kinder wieder jenseits der KiTa organisieren müssen. (...) Viele Eltern in Göttingen haben sich bereits dafür entschieden, das Anliegen der ErzieherInnen zu unterstützen. In einer Situation, in der Druck durch die Organisation der Kinderbetreuung jenseits der KiTa entsteht, verdient das hohe Respekt!

Viele Eltern erkennen, dass es bei diesem Konflikt nicht alleine um die Forderung nach mehr Geld geht, sondern dass dieser Konflikt auch eine gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Organisation von Sorgearbeit ist. Dabei geht es letztendlich auch um Anerkennung der Arbeit von ErzieherInnen, BetreuerInnen und SozialpädagogInnen und ihre Gleichstellung mit anderen Tätigkeiten.

96 % der streikenden ErzieherInnen sind Frauen. Damit setzt sich in der Lohnarbeit eine Tradition der geschlechtlichen Arbeitsteilung fort. Spätestens seit der Industrialisierung wurden Sorgearbeiten wie Kindererziehung an Frauen delegiert, während die Männer Autos und Maschinen bauten – und damit das Geld verdienten. Diese Sorgearbeit sollten sie unbezahlt und im Privaten zu Hause verrichten. Dass es heute Kindertagesstätten gibt und Frauen die Möglichkeit haben die Sorge um ihre Kinder an professionelle PädagogInnen abzugeben, ist das Ergebnis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Sorgearbeit wird allerdings immer noch zu einem Großteil von Frauen erledigt und sie wird schlecht bezahlt. Diesem Umstand ist auch mit geschuldet, dass Frauen im Durchschnitt 23

% weniger als Männer verdienen. (...) KiTa-Betreuung ist ein Schritt und eine Möglichkeit, solche Tätigkeiten der Sorge um andere gesellschaftlich anders zu organisieren. Alle pädagogischen Expertisen der letzten Jahre betonen, wie wertvoll es für Kinder und ihre Entwicklung ist, wenn sie in ihren frühen Phasen zusammen in Gruppen mit Gleichaltrigen pädagogisch professionell betreut werden. (...) Ohne diese gesellschaftliche Organisation der Sorgetätigkeit, die Organisation von gesellschaftlich notwendiger Arbeit, fällt deren Organisation auf alte Geschlechterstereotypen zurück. Ohne professionelle PädagogInnen kommt die Wirklichkeit der Geschlechtertrennung im Alltag zum Vorschein, die immer noch Männer in ihrer Lebensrealität privilegiert und Frauen die Sorge um das Lebensnotwendige überträgt. (...) Damit (...) soziale Verhältnisse der Gleichheit und der Emanzipation gesellschaftliche Realität werden, braucht es Räume, in denen Sorgetätigkeiten jenseits von privater Hausarbeit organisiert werden können. Politischer Druck hat dem Staat das Versprechen an die Eltern abgerungen, dass alle einen Anspruch auf einen Kindergartenplatz haben. Dass dem nicht so ist, wissen Sie als Eltern wohl nur zu gut, wenn Sie sich auf die Suche nach einer guten KiTa für Ihr Kind begeben. Diejenigen, die den Bereich gesellschaftlich notwendiger Arbeit als professionelle PädagogInnen organisieren, die sich täglich um Ihre Kinder kümmern und garantieren, dass bei Ihnen im Alltag nicht automatisch die Frau ihre Zeit auf die Kindererziehung verpflichten muss, die ErzieherInnen die jetzt streiken, haben ein legitimes Recht auf die gesellschaftliche Etablierung ihrer Tätigkeit. Sie führen jetzt den Kampf, den Frauen im privaten Haushalt verlassen konnten, weil sie sich ein Stück weit von der Verpflichtung zur Kinderbetreuung emanzipieren konnten. Diese Betreuung wird jetzt in der Regel von schlecht bezahlten Frauen als ErzieherInnen erledigt. Sie sind als Frauen besonders betroffen von sozialer Präkarisierung und folgender Altersarmut.

Deswegen taucht in dieser Auseinandersetzung nicht nur ein Geschlechterkonflikt auf, sondern ein Konflikt zwischen unten und oben. (...)

Auch wenn die Zeit des Streiks anstrengend wird, die streikenden ErzieherInnen sind nicht unsere GegnerInnen! Sie sind unsere Verbündeten in einem Konflikt um gesellschaftliche Emanzipation! Sie tragen den Konflikt mit dem Staat aus, der zwar KiTa-Plätze für alle verspricht, dieses Versprechen aber nicht einlöst und damit seine gesellschaftliche Aufgabe nicht erfüllt! Deswegen bleibt die KiTa zu, nicht weil die ErzieherInnen nicht arbeiten wollen würden.

Wir, die wir Ihnen schreiben, (...) sind Frauengruppen und feministische Initiativen. Wir kommen aus zivilgesellschaftlichen, sozialen, politischen und akademischen Zusammenhängen. Und wir sind auch selbst in Ihrer Situation, wir sind Eltern, die während des Streiks die Sorge um unsere Kinder organisieren müssen und die um die Belastungen des Alltags wissen. Uns alle eint, dass wir in dem Konflikt zwischen ErzieherInnen und kommunalen Trägern mehr sehen als einen einfachen Kampf ums schnöde Geld – vielleicht auch mehr, als die Gewerkschaften thematisieren. Wir sehen darin einen feministischen Kampf um Emanzipation. (...) Wir solidarisieren uns mit den streikenden ErzieherInnen und wir rufen Sie auf, das auch zu tun! Zeigen Sie den Streikenden ihre Solidarität und unterstützen Sie Ihre ErzieherInnen. Tragen Sie den Konflikt zu denen, die die gesellschaftliche Emanzipation blockieren.

Beschweren Sie sich bei der Kommune und verlangen Sie, dass die Politik Ihre Versprechen hält!

Der aktuelle Konflikt betrifft die gesamte Gesellschaft. Er braucht daher die Einmischung von betroffenen Gruppen jenseits der klassischen Tarifpartner. (...) Und wir rufen Sie auf, diesen Brief mit Ihrer Unterschrift zu unterstützen. Schreiben Sie dazu einfach eine E-Mail an: **care-streik-soli@web.de**

**Bündnis für gute Sorgearbeit
und Geschlechtergerechtigkeit**

Fraktion Göttinger Linke
 Neues Rathaus, Zi. 196
 Hiroshimaplatz 1-4
 37083 Göttingen
 tel 05 51-4 00 24 99
 fax 05 51-4 00 20 79
 goelinke-fraktion@goettingen.de
 www.die-linke-goettingen.de

Einige Themen, die die Ratsfraktion im vergangenen Monat beschäftigt haben und auch noch weiter Beschäftigen werden

In den letzten Monaten konnten wir den Effekt beobachten, dass außerparlamentarische Gruppen und Initiativen aus den Bereichen Kultur, Soziales und Umwelt wieder vermehrt die öffentlichen Sitzungen der Ratsfraktion genutzt haben, um Gespräche zu führen, Anliegen vorzutragen und gemeinsame Initiativen und Aktionen zu planen.

Wegen des nur begrenzt zur Verfügung stehenden Platzes in den ‚Göttinger Blättern‘ kann hier nur ein schlaglichtartiger Überblick gegeben werden:

1. Planungen eines Golfplatzes in Göttingen-Geismar: Die GÖLINKE. Ratsfraktion lehnt den Golfplatz ab. Unsere Hauptgründe sind zum einen die negativen Folgen des ökologischen Eingriffs in das bisherige Landschaftsschutzgebiet, das vielen Göttingerinnen und Göttingern als Naherholungsgebiet dient. Zum anderen ist Golf ein Sport für (selbsternannte) Eliten, das Betreiben kostspielig und selbst nach Aussagen des Chefs der GöSF Herrn Frey auch in Göttingen für Hartz IV Empfänger nicht bezahlbar. Diese Ausgrenzung lehnen wir ab. Die GÖLINKE. Fraktion steht für eine Förderung des Breitensports und für den Schutz von Naherholungsgebieten. Zudem gibt es im Umkreis von 40 Kilometern ausreichend Golfplätze...
2. Die GÖLINKE Ratsfraktion lehnt den Bau einer Basketballtrainingshalle für die Männer-Bundesliga-Mannschaft für rund vier Millionen EURO ab. Die Halle steht laut Auflagen der BBL dem Bundesligateam für 24 Stunden am Tag zur Verfügung. Zwar sollen die Bundesliganachwuchsteams (vier Teams) ebenfalls dort trainieren können – müssen allerdings bei Bedarf den Profis weichen. Entgegen der Aussagen der Befürworter wird es auch keine spürbare Entlastung der anderen Göttinger Sporthallen geben, so dass etwa andere Gruppen Sport treiben könnten. Selbst die zu erwartenden jährlichen Mieteinnahmen finanzieren den Bau der Halle erst nach mindestens mehr als fünf Jahren (eher länger). Die Stadt Göttingen geht damit ein Risiko zulasten des Breitensports ein und sponsort wie seit Jahren indirekt den Profibasketballsport. Letzterer steht zudem jedes Jahr wegen unklaren wirtschaftlichen Entwicklungen auf das Neue auf dem Prüfstand.
3. Wir konnten mit einem Antrag im Bauausschuss erreichen, dass das Zuparken der Gehwege mit PKW in der Theodor-Heuss-Straße entschärft wird und nun wieder Menschen mit Behinderungen, Menschen mit Kinderwagen oder Rollstühlen die Gehwege ungehindert nutzen können.
4. Für die kommende Ratssitzung im Juni hat unsere Fraktion zwei Anträge geplant. Zum einen greift ein Antrag den 70. Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima und Nagasaki auf. Die Stadt Göttingen soll sich als Mitglied im Hiroshima-Nagasaki-Bündnis aktiv mit Veranstaltungen einbringen. Zum anderen verfolgt der zweite Antrag die Absicht, die streikenden städtischen angestellten KITA-MitarbeiterInnen und SozialpädagogInnen in ihren legitimen Forderungen zu unterstützen. Wir greifen hier die Positionen von ver.di auf und fordern die Verwaltung auf, entsprechend zu handeln.
5. Flüchtlingspolitik, Förderung der Soziokultur und die Schaffung bezahlbaren Wohnraums sind ebenfalls Themen, mit denen wir uns befasst haben. Näheres in einer der folgenden Ausgaben.
6. Zu unserem Bedauern verlässt uns Doreen Bethe als Mitarbeiterin, da sie einen Vollzeitjob gefunden hat – damit können wir leider nicht konkurrieren. Wir wünschen ihr alles Gute. Die neue Stellenausschreibung findet Ihr in dieser Ausgabe und auf den HPs (s.o.).

Nun bin ich hier wieder am Ende dieser Seite angekommen. Engagiert Euch kommunalpolitisch, kommt zu unseren Treffen – Ihr seid herzlich willkommen! (pah)

DIE LINKE. Kreistagsinfo aktuell

Nr. 21 - April 2015

Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag informiert über die vergangene Sitzung

EDITORIAL

„Der Staat Preußen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört“, heißt es im Kontrollratsgesetz von 1947. Die Kreistagssitzung am 29. April ließ das alte Preußen wiederauferstehen. Der Antrag der LINKEN „GöBit ohne Bundeswehr“ machte deutlich, welcher Wind in diesem Land immer noch weht.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
Kreishaus, Zi. 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel 05 51-525 108

dielinke@landkreisgoettingen.de
dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 5 – GöBit ohne Bundeswehr

In einem Antrag forderte DIE LINKE – Kreistagsfraktion, die Verwaltung zu beauftragen, die ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten voll auszuschöpfen, um eine Teilnahme der Bundeswehr an dem alljährlich an der BBS II Göttingen stattfindenden Göttinger Berufsinformationstag (GöBit) für die Zukunft zu verhindern. DIE LINKE übt damit Kritik daran, dass die Bundeswehr sich auf der GöBit als normaler Arbeitgeber und Aussteller an vor allem minderjährige Jugendliche wendet.

Die Antworten der übrigen Fraktionen auf unseren Antrag glichen dann einem wahren Festival des Militarismus, wobei auch die Grünen besonders reaktionär in Erscheinung traten. Ihre Rednerin Gerl-Plein, die sich „aus der Friedensbewegung der 70er Jahre kommend“ vorstellte, wies darauf hin, dass die Bundeswehr „demokratisch legitimiert“ sei und Leute brauche, „die Befehle hinterfragen“. Vom Redner der Wählergemeinschaft wurde anschließend noch draufgelegt. „Die Bundeswehr wird als tötende Maschine dargestellt, das ist absurd“, hieß es da, ohne dass dazu noch der Hinweis fehlen durfte, es gebe auf der Welt so viele „Terroristen“. Und bei der Feuerwehr kämen ja auch Beschäftigte im Einsatz ums Leben.

Herr Deppe von der CDU begann mit dem Hinweis, „das Töten“ sei „aus der Bundeswehr nicht wegzudenken“ und spannte den Bogen zu der Feststellung: „Wir können stolz auf unsere Armee sein“. Der Antrag wurde sodann in den Ausschuss überwiesen und wird dort wohl gründlich unter Beschuss genommen werden.

TOP 12 – Steuerung mit Zielen und Kennzahlen

In blumigen Worten wurde den Lesern der Vorlage deutlich gemacht, dass im Landkreis Göttingen demnächst nur noch glückliche Menschen leben werden, denn sogar das Ziel, dass niemand mehr auf Transfereinkommen angewiesen sein soll, wird dort formuliert.

Wenn man die Erarbeitung von Entwicklungszielen und Handlungsschwerpunkten wirklich ernst nimmt, erkennt aber inzwischen auch die SPD, dass es Phänomene wie Marktversagen gibt, denen entgegenzusteuern ist. Wann das Versprechen ihres Fraktionsvorsitzenden „gleiche Teilhabechancen für alle Einwohner in allen Gemeinden zu schaffen“ eingelöst wird, blieb jedoch noch offen. Die Vorlage wurde von der Mehrheitsgruppe gegen DIE LINKE und die CDU beschlossen.

TOP 14 – Festlegung von Schulbezirken

In Einvernehmen mit der Stadt Göttingen wurde einstimmig beschlossen, dass Kinder aus der Stadt, dem Altkreis Göttingen sowie den Samtgemeinden Dransfeld und Radolfshausen ab Beginn des nächsten Schuljahres, freie Schulwahl auch in Göttingen haben. Dort gibt es dann nur noch Gesamtschulen und Gymnasien.

Eckhard Fascher forderte dabei für DIE LINKE, in Dransfeld und Hann. Münden Integrierte Gesamtschulen einzurichten und eine Oberstufe an der KGS Gieboldehausen.

TOP 18 – Initiative „Ein Harz“ / vierspuriger Harzring

Eine Resolution, den Harz mit dem Auto durchgehend vierspurig umfahren zu können, stieß auf ein geteiltes Echo, wobei der Riss diesmal durch die Mehrheitsgruppe lief. Während die SPD und die CDU wie immer kein Problem im Zubetonieren der Landschaft sahen, schlossen sich die Grünen der Kritik der LINKEN an dem Projekt an. Eckhard Fascher forderte statt immer mehr Straßen bessere Bahnverbindungen. Der Landkreis Göttingen ist allerdings kaum, und vor allem erst nach der Kreisfusion, von diesem unsinnigen Projekt betroffen. Immerhin gab es aber durch einen Antrag der LINKEN eine öffentliche Debatte, nachdem die Resolution ursprünglich nur in nicht-öffentlicher Kreisausschusssitzung beraten werden sollte.

TOP 23 – Übernahme von Verantwortung für den Rosdorfer Baggersee

Der von LINKEN und Piraten gemeinsam eingebrachte Antrag wurde wie erwartet abgelehnt. Die Haltung der anderen Parteien kann in diesem Fall nicht anders als mit Realitätsverweigerung beschrieben werden. Der Tatsache, dass an dem See sehr viel Müll anfällt, der zu entsorgen ist, wurde entgegnet, dass dies nur zu noch mehr Müll führen werde. Also etwa so, als würde die Schaffung zusätzlicher Stellen im Polizeidienst zu mehr Straftaten führen, so muss wohl die Pseudologik der Antragsgegner verstanden werden. Probleme, die es nicht geben dürfte, gibt es also nicht, einfach so, per Mehrheitsbeschluss.

► Fusion der Kreisverbände Göttingen und Osterode

Am 29. Juni wird die Fusions-Kreismitgliederversammlung für den neuen Kreisverband Göttingen-Osterode stattfinden. Dies beinhaltet auch die Neuwahl des Kreissprecher_innen_rates sowie die Diskussion um die Satzung ähnlich wie es einige von uns es bei der Vereinigung der Kreisverbände von PDS und WASG erlebt hatten. (vgl. Einladung auf der Terminseite)

Die Fusion war von der Kreismitgliederversammlung am 27. April mit großer Mehrheit beschlossen worden. Hintergrund ist, dass mit der nächsten Wahlperiode am 01.11. 2016 die Fusion der Landkreise Göttingen und Osterode vollzogen und damit der neue Kreis Göttingen mit rund 320.000 Einwohner_innen gebildet wird.

DIE LINKE hatte in beiden Landkreisen die Fusion abgelehnt und dies unter anderem mit der Bürgerferne des neuen Kreises begründet. Die Fusion der Kreisverbände ist demzufolge die Anpassung an die ab Herbst 2016 bestehende Ge-

bietsgliederung. Mehrere Kreisverbände in einem Landkreis sind weder in der Bundessatzung (Ausnahme: Stadtstaaten) noch in der Landessatzung vorgesehen. Theoretisch hätten wir noch etwas mehr als ein Jahr mit dem Zusammenschluss warten können. Die schnelle Kreisverbandsfusion hat aber den Vorteil, dass die Listenaufstellungen und der Wahlkampf in gemeinsamen Gremien dann besser geplant und durchgeführt werden können. Bei einer sehr unterschiedlichen Verteilung der LINKEN Stimmen in den Wahlbezirken kann so auch besser eine Repräsentanz in der Fläche ermöglicht werden.

Der KV Osterode ist zuletzt kaum mehr handlungsfähig. Von den dortigen verbliebenen aktiven Mitgliedern wird daher eine schnelle Fusion gewünscht. Immerhin sind die Osteröder mit Einzelmandaten im Kreistag und in den Räten einiger Gemeinden vertreten. Wahrscheinlich wird es für den dann Altkreis Osterode einen Ortsverband geben, der voraussichtlich Sonderrechte beispielsweise für das von Seiten des früheren KV eingebrachte Vermögen betreffend erhalten wird. Der KV Göttingen-Osterode würde dann über sechs Ortsverbände verfügen.

Als Problem bleibt, dass wir auch in einem neuen Kreisverband in der Fläche im Vergleich zur Stadt relativ schwach verankert sind. Die Verstärkung von Strukturen in der Fläche wird für den neuen KSR eine wichtige Aufgabe sein.

Dies gilt auch im Hinblick auf die nächste Kreistagswahl: Würde genauso gewählt wie 2011, würde DIE LINKE mit rund 3,2 Prozent wieder nur über zwei des dann auf 72 Mitglieder vergrößerten Kreistages verfügen.

► Kreismitgliederversammlung am 27. April

Im Mittelpunkt der Kreismitgliederversammlung am 27.04.2015 standen neben der Entscheidung zur KV-Fusion die Diskussion um den Wahlantritt der Göttinger Linken und die Behandlung verschiedener, teilweise schon älterer Anträge an.

Um ausführlich über das Wahlbündnis sowie Wünsche und Forderungen unserer Parteimitglieder an die GÖLINKE diskutieren zu können, wurde mehrheitlich eine Sonder-KMV beschlossen. Diese soll noch vor der Fusions-KMV am 15. Juni stattfinden. Die Tagesordnung findet Ihr auf der Terminseite. Die Mitgliederversammlung der Göttinger Linke vom 13. April hatte ihren Wahlantritt für den Stadtrat beschlossen. Zuvor hatten sich die übrigen Mitgliedsorganisationen in ihren Versammlungen wie auch der zuständige Ortsverband Göttingen für die Fortsetzung des Bündnis ausgesprochen. Bei den Kommunalwahlen 2006 und 2011

war für die Stadtratswahl und die Göttinger Ortsräte die Göttinger Linke angetreten, während für den Kreistag und in Hann. Münden, Rosdorf und Dransfeld die Partei DIE LINKE mit Unterstützung des Bündnisses kandidiert hatte.

Desweiteren wurde mit großer Mehrheit eine Resolution zu Griechenland beschlossen, die eine Solidarisierung mit der Syriza-Regierung und ihres Kampfes gegen das menschenverachtende EU-Diktat einforderte.

Mehrere Anträge zur Geschäftsordnung wurden abgelehnt.

Seit langem hatte es bei der KMV endlich wieder ausführliche Berichte zur Kommunalpolitik und aus den Ortsverbänden gegeben. Breiten Raum nahm hier insbesondere die Situation in Hann. Münden um die Insolvenz des von der AWO geführten Mündener Krankenhauses ein. Als Ratsfrau hatte hier Kirsten Klein

die dortigen Probleme benannt und auf Missstände aufmerksam gemacht. In einer Presseerklärung mit der Kreistagsfraktion wurde die Forderung erhoben, dass sich Krankenhäuser grundsätzlich in öffentlicher Hand befinden sollten. (vgl. Presseerklärung)

Der Tagesordnungspunkt zur Aufnahme von Flüchtlingen in Göttingen konnte wegen Zeitmangels leider nicht mehr behandelt werden.

Gegen Ungerechtigkeiten zu kämpfen – das ist unser Auftrag. Solange die da oben reicher werden und die da unten ärmer, solange das Leben unerträglich wird durch die Sorgen unten und die Sorglosigkeit oben, werden wir weitermachen. Am besten mit Dir an unserer Seite!

Die Grenzen verlaufen zwischen oben und unten!

DIE LINKE.

(...) Fortsetzung „Gesundheitsversorgung“ von Seite 1

beim Staatsgerichtshof in Bückeburg an, dass dazu führte, dass die Teile der Klinik, in denen Straftäter untergebracht waren, vom Verkauf ausgenommen worden.

Mittlerweile gibt es in Südniedersachsen außer der Universitätsmedizin praktisch keine öffentlichen Kliniken mehr. So hat auch der Helios-Konzern etliche öffentliche Kliniken aufgekauft und betreibt als HELIOS MVZ Südniedersachsen GmbH praktisch sämtliche Kliniken im Kreis Northeim mit Ausnahme des Einbecker BürgerSpitals und verfügt über 60% der Betten in Osterode.

Das ehemalige Kreiskrankenhaus Us-lar wurde 2012 geschlossen, nachdem es 2006 an die gemeinnützige GmbH Klinik- und Rehabilitationszentrum Lippoldsberg aus Kostengründen ‚abgegeben‘ wurde.

Die Universitätsmedizin Göttingen als Klinik der Universität nimmt insofern einen Sonderstatus ein, das diese zwar nicht privatisiert wurde, aber seit 2003 als Teil einer Stiftung öffentlichen Rechts dem Prinzip der Kostendeckung verpflichtet ist.

Was bedeutet das für Beschäftigte und Patienten?

Sowohl Helios als auch Asklepios sind als privatwirtschaftliche Konzerne gewinnorientiert. Der Vorstandsvorsitzende des börsennotierten Gesundheitskonzerns Fresenius, zu dem Helios gehört, Ulf Schneider, verlangt von seinen Krankenhäusern 15 Prozent Gewinn. (<http://www.aerzteblatt.de/nachrichten/59365/Fresenius-Chef-fordert-15-Prozent-Rendite-von-seinen-Krankenhaeusern>) Asklepios gelang es laut statista, seine Gewinne von 20,2 Mio. Euro im Jahre 2006 auf 151,8 Mio. im Jahre 2014 zu steigern.

Wie können bei steigenden Kostendruck Gewinne erzielt werden? In einem offenen Brief von Juni 2013 sehen die ärztlichen Assistenten der Asklepios-Klinik Göttingen folgende Entwicklungen:

- Drastische Kürzung von therapeutischen Angeboten wie die Schließung des Bewegungsbades, die massive Verringerung der physiotherapeutischen Behandlungen und arbeitstherapeutischen Angebote
- Rationierung von Heil- und Verbandmitteln. Die medizinische Standard

ausrüstung ist nicht mehr auf allen Stationen verfügbar.

- Arbeitsverdichtung durch personelle Kürzungen: So wurde Anfang 2013 der Pfortendienst in Göttingen ausgegliedert und in Tiefenbrunn abgeschafft, was zu Mehrbelastungen bei den Ärzten führt. Auch der Hygienestandard ist deutlich gesunken, da auch das Reinigungspersonal deutlich schlechter gestellt wurde.
- Durch Kürzungen im ärztlich-therapeutischen Dienst gäbe es Stationen, in denen auf ca. 20 psychisch zum Teil schwer Erkrankte nur je eine ärztliche Vollzeitstelle kommt. Gesetzliche Vorgaben sehen fast doppelt so viele Ärzte vor.
- Durch Kürzungen im pflegerischen Dienst sind notwendige Einzelbetreuung von Patienten nicht mehr möglich. Dies betrifft auch suizidgefährdete Patienten und erhöht die Gefahr eines aggressiven Übergriffes auf das Personal.
- Eine fachliche Mitbestimmung der ärztlichen Leitung bei Arbeitsverträgen oder Neueinstellungen scheint nicht erwünscht zu sein. Mitarbeiter, die Kritik üben, wird Illoyalität vorgeworfen. Entscheidungen fallen vor allem unter finanziellen Gesichtspunkten.

Zum Abschluss wird dann die Frage gestellt: *Auf Grund der genannten exemplarischen Beispiele stellt sich für uns die dringende Frage, ob die Behandlung psychisch Kranker im Speziellen und die Krankenbehandlung im Allgemeinen in die Hände privatwirtschaftlicher Unternehmen ohne die erforderliche soziale Grundausrichtung gehört.*

(<http://www.systemmagazin.de/serendipity/index.php?achives/2572-Offener-Brief-der-aerztlichen-Assistenten-des-Asklepios-Fachklinikums-Goettingen-Juni-2013.html>)

Fall Hann. Münden

Auch Kliniken in der Trägerschaft von Wohlfahrtsverbänden sind von dieser Entwicklung betroffen. So ist das von der AWO getragene Mündener Krankenhaus in der Insolvenz. Über die dortigen Zustände schreibt Kirsten Klein in einer Presseerklärung mit der Kreistagsfraktion vom 22. April diesen Jahres: „*Schon 2012 habe ich als Hann. Mündener Ratsfrau der LINKEN den Umgang der SPD und anderer Involvierter mit Informationen im Vorfeld der Übernahme des Evangelischen Vereinskrankenhauses*

gGmbH durch die AWO-GSD kritisiert – als äußerst bedauerlich und höchst bedenklich gesehen. Ratsmitglieder wurden unzureichend und überwiegend durch die Presse über den angeblichen Sachstand informiert. Zudem habe ich mich schon zu diesem Zeitpunkt für den Erhalt der Arbeitsplätze und die Standortsicherung der Krankenhausversorgung ausgesprochen - aus diesem Grund ein langfristiges Personalsicherungskonzept über das Jahr 2015 hinaus gefordert, um die bestehenden Arbeitsplätze und damit auch die Qualität der Gesundheitsversorgung in der Region Hann. Münden zu sichern. Im September 2013 wurde von mir die Situation im Krankenhaus Hann. Münden seit der Übernahme durch die AWO in einer Pressemitteilung hinterfragt – sich häufende Berichte von Patienten und Angehörigen, gerichtet an mich als Ratsfrau waren Anlass zu meinem Schritt. Die Reaktion der damaligen Geschäftsführung der AWO-GSD kamen prompt - es wurde überlegt, Strafanzeige gegen mich wegen übler Nachrede bzw. Verleumdung bei der Staatsanwaltschaft zu erstatten.“

Käuferin könnte die in öffentlichen Besitz befindliche, aber privatwirtschaftlich strukturierten Gesundheit Nordhessen Holding sein. Dies ist zwar besser, als der Weiterbetrieb bei der AWO oder ein Verkauf an Helios oder Askelepios, aber auch dort hat sich die Situation in den letzten zwanzig Jahren spürbar verschlechtert. Bei einer Durchökonomisierung der Arbeit hat ein deutlicher Personalabbau stattgefunden, für ein freundliches Wort an die Patienten bleibt auch hier keine Zeit mehr.

Das Krankenhaus in Helmarshausen und die Geburtenabteilung in Wolfhagen mußten aus wirtschaftlichen Gründen geschlossen werden. Kleine Krankenhäuser sind unter den heutigen Bedingungen eben nicht mehr wirtschaftlich.

Fazit

Man kann sich nur den ärztlichen Assistenten der Asklepios-Klinik anschließen, Krankenhäuser gehören unter öffentliche Kontrolle und dürfen nicht privatwirtschaftlich organisiert sein. Der Kostendruck muss raus, Krankenhäuser müssen solide finanziert werden. DIE LINKE Bundestagsfraktion fordert, dass Bund und Land ausreichend Mittel für eine flächendeckende Infrastruktur bereitstellen. Zur Finanzierung soll eine einheitliche Bürger_innen-Versicherung für Alle dienen, die auch diejenigen einschließt, die sich privat versichern (müssen).